

AMNESTY INTERNATIONAL ISRAEL - KURZBERICHT

ISRAEL / BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

Stoppt die Vertreibung von Palästinenser_innen aus dem öffentlichen Raum

- Unterstützung der Petition von AI Israel -

Öffentliche Bereiche sollten für alle offen und frei zugänglich sein, aber sind sie das? Für Palästinenser_innen im besetzten Westjordanland ist das keineswegs selbstverständlich.

Über die Jahre hinweg sind zahlreiche Vorfälle erfasst oder berichtet worden, bei denen Palästinenser_innen aus öffentlichen Bereichen ausgeschlossen oder durch gewalttätige Siedler_innen verjagt wurden, während israelische Sicherheitskräfte einfach wegsahen oder die Siedler_innen noch unterstützten. So gut wie niemand ist für solche Aktionen je bestraft worden.

AI MATERIAL, KURZBERICHT UND PETITION (auf Englisch):

- AI Israel, Originalbericht, *Stop the Removal of Palestinians from Public Areas*
<https://www.amnesty.org.il/wp-content/uploads/2021/07/Stop-Public-Space-expulsion-background-edited.docx.pdf?fbclid=IwAR1G8sXWK2bN0hylduxjaciJHF36w18utH9-tdd0s-R2DCj5uGz8Y8yEzmg>
- Facebook-Seite von AI Israel mit Film zu dem Bericht
<https://www.facebook.com/Amnesty.International.Israel/videos/412590383413314/>
- Petition zum Thema
<https://www.change.org/p/israeli-minister-of-defense-stop-the-removal-of-palestinians-from-public-areas>

Man hört selten davon, aber die Ausgrenzung von Palästinenser_innen aus dem öffentlichen Raum kommt in der besetzten Westbank häufig vor. Es ist allgemein bekannt, dass die israelische Militärregierung Palästinenser_innen aus ihren Wohnhäusern vertreibt und sich landwirtschaftliche Flächen aneignet, die Palästinenser_innen gehören. Darüber hinaus sind Palästinenser_innen aber auch von öffentlichen Bereichen ausgeschlossen, die für jeden frei zugänglich sein sollten. Fast jede Woche werden Palästinenser_innen von Siedler_innen, oft unter Gewaltandrohung und Gewaltanwendung, aus öffentlichen Bereichen vertrieben.

Obwohl solche Aktionen rechtswidrig sind, finden sie häufig unter dem Zuspruch der Militärverwaltung und mit Unterstützung der israelischen Sicherheitskräfte statt, genau jener Organe, die für den Schutz von palästinensischen Zivilist_innen zuständig sind. Es ist niemand da, der diesem immer öfter auftretenden Phänomen Einhalt gebieten würde. Weder gegen gewalttätige Siedler_innen noch gegen die Soldat_innen, die ihnen helfen, werden Maßnahmen ergriffen. Und obwohl solche Vorkommnisse schon seit geraumer Zeit immer wieder stattfinden, haben die meisten Israel_innen noch nie davon gehört. Warum ist das so?

Vielleicht, weil die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der israelischen Armee solche Vorfälle als „Spannungen“ darstellt und die Medien ihre Terminologie daran anpassen, obwohl es sich ihrer Natur nach um rassistische Hassverbrechen handelt und die Wirklichkeit dieser Ereignisse durch solche Formulierungen verschleiert wird.

Man stelle sich vor, eine ultraorthodoxe jüdische Familie würde von einer Gruppe Antisemit_innen aus einem öffentlichen Park in Großbritannien vertrieben, wobei die rassistischen Randalierer_innen sogar noch von den zur Hilfe gerufenen Polizist_innen zum Weitermachen ermutigt würden – und das, ohne dass daraus je eine Bestrafung oder Disziplinarmaßnahme resultieren würde, nicht einmal nachdem die Dokumentation der Ereignisse öffentlich bekannt

geworden wäre. Man stelle sich nur einmal das Echo vor, das eine solche Geschichte in lokalen wie internationalen Medien hervorrufen würde.

Genau so sieht allerdings die totgeschwiegene Realität aus, mit der Palästinenser_innen in der besetzten Westbank tagtäglich konfrontiert sind.

Und so sah auch die Realität aus, die die Familie Abdelhadi aus Nazareth aus erster Hand erfahren musste, als sie nachmittags in den Wäldern von Bir Zeit in einem Stückchen freier Natur, das für jeden zugänglich ist, ein Picknick abhalten wollte. Diesem Familienpicknick wurde sehr bald ein Ende gesetzt, als sie von Randalierer_innen bedrängt und vertrieben wurden. Wie in den Videoaufnahmen der Ereignisse zu sehen, die einige öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema zogen, machte es offensichtlich keinen Unterschied, dass einige Mitglieder der Familie tatsächlich israelische Staatsbürger_innen sind. Mit Unterstützung der herbeigerufenen Soldat_innen wurde die ganze Familie von den bewaffneten Siedler_innen vertrieben. Männer, Frauen und ein in Schrecken versetztes Kleinkind wurden gezwungen, diesen öffentlichen Bereich zu verlassen, der für jeden frei und offen zugänglich sein sollte. Und dabei handelt es sich nicht um einen Einzelfall, sondern um einen Vorfall von vielen.

Wenn Palästinenser_innen von ihren privaten Ackerflächen vertrieben werden, wird die Geschichte in den Medien als Streitigkeit über Landrechte zwischen Palästinenser_innen und Siedler_innen dargestellt, und selbst wenn die Behauptungen der Siedler_innen absurd sind und jeder Grundlage entbehren - die Medien hören ihnen zu. Somit werden die Unterdrückung und der Diebstahl in Fällen, in denen sich israelische Siedler_innen gewaltsam private palästinensische Landgrundstücke aneignen, in der Öffentlichkeit als Rechtsstreitigkeiten präsentiert. Wenn solche Vertreibungen aber im öffentlichen Raum stattfinden, dann gibt es keine Streitigkeiten, die etwa zur Debatte stehen könnten. Es handelt sich vielmehr um die Ausgrenzung einer ethnischen Gruppe aus dem öffentlichen Raum. Und in solchen Fällen ist es deutlich schwieriger, die Öffentlichkeit abzulenken und die Tatsachen zu manipulieren, um den darin liegenden Rassismus und die Unterdrückung zu verdecken.

Dennoch bleiben solche Vorfälle der Ausgrenzung aus öffentlichen Bereichen dem öffentlichen Auge verborgen. Und selbst wenn in den Medien über Ausgrenzungen und Vertreibungsaktionen berichtet wird, können diese Berichte kein großes Interesse erwecken.

Extremistische Siedler_innen finden viele Ausreden, um Palästinenser_innen aus öffentlichen Bereichen in der besetzten Westbank auszugrenzen. So beanspruchen Siedler_innen zum Beispiel Eigentumsrechte und bringen vor, dass das Land Juden gehöre; teils behaupten sie sogar fälschlicherweise, dass es sich bei diesen Landgrundstücken um militärische Sperrgebiete handele, obwohl die Armee nie eine solche Anordnung erlassen hat (man erinnere sich: in der Westbank gilt die israelische Armee als offizielle Staatsmacht und ist für die Sicherheit und Abriegelung von Gebieten zuständig – Abriegelungen, die in der Praxis meistens Palästinenser_innen treffen). Ausgrenzung und Vertreibung werden üblicherweise mit verbalen Drohungen durchgesetzt. Es wird gedroht, dass man Schusswaffen oder sogenannte Kaltwaffen (Klingenwaffen, wie sie zur Jagd benutzt werden) einsetzen werde. Oder es finden Angriffe mit Schlagstöcken, Steinen, Messern oder Schusswaffen statt. Manchmal kommen sogar Kampfhunde zum Einsatz. Um Palästinenser_innen aus öffentlichen Bereichen zu verjagen, werden zuweilen auch israelische Sicherheitskräfte herbeigerufen. So beteiligen sich diejenigen, die eigentlich für die Verhinderung solcher Verbrechen verantwortlich sind, in der Praxis oft genug an deren Durchführung.

Palästinensische Viehhirten, die ihre Herden durch öffentliche Weidegebiete führen, sind die häufigsten Opfer solcher Verbrechen.

„Ich arbeite zumeist im Jordantal [...] Die Ausgrenzung von den Weideflächen ist dort sehr, sehr präsent. Für mich liegt es auf der Hand, dass diese Vertreibungen von höherer Stelle organisiert und gesteuert werden.“

- Guy Hirschfeld, israelischer Menschenrechtsaktivist

Während Palästinenser_innen von bewaffneten Siedler_innen bedroht werden, sehen Israels Militär und Polizei im besten Fall einfach weg – oder, wie in anderen Fällen, sie unterstützen die Siedler_innen noch dabei.

„Dieses Phänomen der Vertreibung von Palästinenser_innen aus den Weidegebieten findet schon seit Jahrzehnten statt und hat sich durch neue Außenposten israelischer Schafhirten in den letzten Jahren immer mehr verschärft. Im Verlauf der letzten zehn Jahre sind mehr als vierzig solcher illegalen Siedlungen errichtet worden und etliche weitere sind geplant, da dieses Modell den Siedler_innen erlaubt, die

Anwesenheit von Palästinenser_innen mit Unterstützung der Armee in einem weit größeren Maß zu reduzieren, als es sonst möglich wäre, und so tausende Dunum Land für jeden dieser Außenposten freizuschaulen.“

- Dror Etkes, Menschenrechtsaktivist

Darüber hinaus müssen Soldat_innen und Polizeioffiziere, die im Einsatz bei den Vertreibungen helfen, keinerlei Strafe befürchten. Von ihren Vorgesetzten werden sie nicht zur Verantwortung gezogen. Hin und wieder lässt sich in den Videoaufnahmen und Dokumentationen verschiedener Organisationen beobachten, dass Soldat_innen nicht eingreifen, keine Schritte unternehmen, um die gewaltsame Vertreibung von Palästinenser_innen aus öffentlichen Bereichen zu verhindern, manchmal sogar die Angreifer_innen unterstützen, damit aber nie auf ein mahndes Wort oder eine Bestrafung treffen. Etliche formlose und offiziell eingereichte Beschwerden, Behördenbriefe, öffentliche Proteste von Menschenrechtsorganisationen, zahlreiche Anzeigen solcher Verbrechen, all diese hinterlässt bei den offiziellen Staatsorganen und Medienanstalten keinerlei Eindruck.

Es gibt keine gesicherten Daten, die sich speziell auf die Ausgrenzung von Palästinenser_innen aus öffentlichen Bereichen konzentrieren, aber die Daten, die den allgemeinen Umgang mit Berichten über Misshandlungen, die von Palästinenser_innen gemeldet werden, unterstützen diese Behauptungen weitenteils. Die israelische Menschenrechtsorganisation Yesh Din berichtet, dass es der für die Westbank zuständigen israelischen Polizeidirektion, in den Jahren zwischen 2005 und 2019 in 82% der Fälle von ideologisch motivierten Angriffen auf Palästinenser_innen im Westjordanland nicht gelungen ist, ordentliche Untersuchungen durchzuführen. Zudem wurden von 430 Anzeigen, die sich auf mutmaßliche von Soldat_innen gegen Palästinenser_innen oder deren Eigentum begangene Verbrechen bezogen (68 davon führten zum Tod der betroffenen Palästinenser_innen), nur 84 Fälle an die Militärstaatsanwaltschaft weitergeleitet wurden und eine strafrechtliche Untersuchung nach sich zogen. Bis zum Ende des Jahres 2018 waren 80% der Fälle ohne jede strafrechtliche Verfolgen behandelt, entschieden und gelöst worden.

Die Gleichgültigkeit von Polizei und Militär gegenüber Hassverbrechen und ideologisch motivierten Attacken und ihr Versagen, das Recht gegen rassistische Randalierer und ihre Komplizen durchzusetzen, lässt Palästinenser_innen schutz- und wehrlos zurück und etabliert damit innerhalb eines Systems, das sich – zumindest in der Theorie – zu den Werten von Gleichheit und Menschenrechten bekennt, letzten Endes ein Regime jüdisch-rassistischer Überlegenheitsideologie. Anstelle der Werte von Gleichheit und Menschenrechten belohnt die Inkompetenz israelischer Behörden Hass und Gewalt, begrüßt diese als zulässige politische Instrumente und verwirft den Gedanken der Rechtsstaatlichkeit zugunsten roher Gewalt und ethnischer Trennung. Dabei sollte festgehalten werden, dass die Anzahl der von Palästinenser_innen eingereichten Beschwerden aufgrund von Übergriffen und Bedrohungen durch Siedler_innen und Soldat_innen in keiner Weise die wirkliche Anzahl dieser Verbrechen widerspiegeln. Zwar werden jeden Tag Palästinenser_innen vertrieben und verjagt, doch sehen viele von ihnen keinen Sinn mehr darin, bei der israelischen Armee eine Anzeige zu erstatten. Ein Bericht von Yesh Din aus dem Jahr 2019 erklärt: *„Die israelische Armee wird als ein Organ der Unterdrückung wahrgenommen, nicht als eine Institution, die der palästinensischen Bevölkerung dienen soll, geschweige denn, dass sie dazu da wäre, ihr bei der Ausübung ihrer Rechte zu helfen. Das reicht aus, um Misstrauen zu schaffen und Opfer weitgehend von der Erstattung von Anzeigen bei dieser Einrichtung abzuschrecken. Darüber hinaus befürchten viele Palästinenser_innen, dass die Erstattung einer Anzeige für sie selbst oder ihre Familien zu Schaden führen könnte, während; andere aus Prinzip jegliche Zusammenarbeit mit israelischen Behörden verweigern.“*

Die Vertreibung von Palästinenser_innen aus öffentlichen Bereichen ist das letzte Mittel in einer Liste vieler weiterer mehr systematischer und "legaler" Methoden, um Palästinenser_innen durch den Einsatz "sauberer" institutioneller Gewalt zu entfernen.

Die Unterdrückung einer Volksgruppe durch eine andere zeigt sich in zahlreichen Strategien und Vorgehensweisen, die von der israelischen Regierung in Gang gesetzt wurden. Diese Strategien zielen darauf ab, die Möglichkeiten von Palästinenser_innen, sich in Gebieten frei zu bewegen, zu denen auch Siedler_innen freien Zugang haben, zu vermindern und zu behindern. Dies wird meist durch die weitverbreitete Nutzung von Anordnungen zur Abriegelung öffentlicher Bereiche ("Abriegelungsanordnungen") erreicht. In einem Berichts der Organisation Kerem Navot aus dem Jahr 2015 heißt es: *„die fortlaufende Abriegelung der großen Mehrzahl von Übungsgeländen in der Westbank soll keiner "militärischen Notwendigkeiten" dienen. Das zeigt sich schon allein darin, dass in 80% der Gebiete letztlich keine militärischen Übungen abgehalten werden. Die Beschlagnahme und die räumliche Verteilung dieser Gebiete*

schränken die mögliche Nutzung des Landes durch Palästinenser_innen ein. Das gilt auch für Gebiete, in denen Siedlungen und Naturschutzparks liegen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Zivilverwaltung fortlaufend erhebliche Bereiche dieser Gebiete zu "Staatsland" erklärt und nichts unternimmt, um Siedler_innen, die sich dort rechtswidrig Zugang verschafft haben, wieder zu räumen, (selbst wenn sich das zur Frage stehende Land in palästinensischem Privatbesitz befindet). Das gibt der Schlussfolgerung Raum, dass die fortlaufende Abriegelung dieser Gebiete ein Kernelement der vom Staat Israel orchestrierten Kontrolle über Landgebiete in der Westbank ist. **Damit scheint das Hauptziel dieser Kontrolle darin zu liegen, dass die Möglichkeiten der palästinensischen Bevölkerung, das Land zu nutzen, drastisch reduziert und so viele israelische Siedler_innen wie möglich dorthin zu transferiert werden.**

Einfach gesagt zielt die durch das Regime verhängte Unterdrückung darauf ab, Palästinenser_innen zu vertreiben und aus dem öffentlichen Raum zu entfernen. Dazu bedient man sich institutioneller und rechtlicher Maßnahmen und schaut gleichzeitig weg, wo es um die Aktivitäten rassistischer Randalierer_innen und derjenigen geht, die dies ermöglichen und den Siedler_innen helfen. Auf diese Weise wird die Überlegenheit einer ethnischen Gruppe über eine andere etabliert; und das ist durch und durch ein staatlich gesponsertes Hassverbrechen.

AI MATERIAL, KURZBERICHT UND PETITION (auf Englisch):

- AI Israel, Originalbericht, *Stop the Removal of Palestinians from Public Areas*
<https://www.amnesty.org.il/wp-content/uploads/2021/07/Stop-Public-Space-expulsion-background-edited.docx.pdf?fbclid=IwAR1G8sXWK2bN0hylduxjaciJHF36w18utH9-tdd0s-R2DCj5uGz8Y8yEzmg>
- Facebook-Seite von AI Israel mit Film zu dem Bericht
<https://www.facebook.com/Amnesty.International.Israel/videos/412590383413314/>
- Petition zum Thema
<https://www.change.org/p/israeli-minister-of-defense-stop-the-removal-of-palestinians-from-public-areas>

BERICHTE ANDERER ORGANISATIONEN (auf Englisch):

- Datenblatt, November 2019: Law Enforcement on Soldiers Suspected of Harming Palestinians and Their Property, 2018-2017 Data Summary (Zusammengefasste Daten der Jahre 2017/2018 zur Rechtsdurchsetzung gegenüber Soldaten, die unter Verdacht standen, Palästinenser_innen und deren Eigentum geschädigt zu haben) - Yesh Din (www.yesh-din.org)
- A Locked Garden (Ein verschlossener Garten) – www.keremnavot.org

MEDIENBERICHTE (auf Englisch / Arabisch):

- Editorial I - The Settlers' Servants (Die Diener der Siedler) - Haaretz (www.haaretz.com)
- مجموعة من المستوطنين المسلحين يعتدون - Firas Ahmad Taneineh (www.facebook.com) -
- No Indictments After a Month of Assaults on Palestinians in the West Bank (Einen Monat nach Übergriff auf Palästinenser in der Westbank noch keine Anklage)– Haaretz (www.haaretz.com)